

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Formelle Beschäftigung pflegender Angehöriger – taugliche Lösung für unbezahlte Sorgearbeit?

26. Februar 2025

Angehörige leisten nach wie vor einen Großteil der Pflege- und Betreuungsarbeit von pflegebedürftigen Personen in Österreich. 947.000 Personen oder 10% der Bevölkerung leisten informelle Pflege- und Betreuungsarbeit für ca. 80% der Pflegebedürftigen. Das schiere Ausmaß und die damit verbundenen sozialen Benachteiligungen für die Betroffenen (eingeschränkte Bildungs- und Berufskarrieren Einkommensnachteile, gesundheitliche Über-Belastungen, ...) machen diese informelle Pflege- und Betreuungsform zu einem vorrangigen, aber in der Öffentlichkeit unterrepräsentierten sozialen Problem. Dazu kommt, dass 70% der pflegenden Angehörigen weiblich sind.

Gewichtige Argumente, um sich diesem Thema im Vorfeld des *Equal Care Day* 2025 am 1. März zu anzunehmen. Das Mediengespräch von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* richtet dabei den Fokus auf Ansätze, das Problem über eine formelle Beschäftigung pflegender Angehöriger zu lösen. Im Burgenland, in Oberösterreich und in Graz wurden entsprechende (Pilot)Modelle eingeführt. Im Mediengespräch stehen die sozialpolitischen Implikationen, die mit der formellen Anstellung von pflegenden Angehörigen einhergehen können, auf Basis einer explorativen empirischen Studie in den beiden Modellprojekten im Mittelpunkt.

Inputs:

[Julia Radlherr \(WU Wien\)](#): "Die formelle Beschäftigung pflegender Angehöriger: Sozialpolitische Implikationen in Österreich"

Moderation: Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Julia Radlherr

Die formelle Beschäftigung pflegender Angehöriger: Sozialpolitische Implikationen in Österreich

Die Arbeit von pflegenden Angehörigen stellt eine zentrale Säule der Langzeitpflegeversorgung dar. In Österreich betreuen rund 947.000 pflegende Angehörige ein Familienmitglied (BMSGPK, 2021). Damit übernehmen ca. 10% der österreichischen Bevölkerung regelmäßig Pfl egetätigkeiten. Diese weitgehend unbezahlte Arbeit wird vor allem von Frauen getragen, die ca. 70% aller pflegenden Angehörigen ausmachen (Nagl-Cupal et al., 2018).

Um Angehörigenpflege zu fördern, wird in Österreich aktuell die formelle Anstellung und Bezahlung von pflegenden Angehörigen verstärkt diskutiert und teilweise bereits umgesetzt. Auch in anderen europäischen Ländern (z.B. Schweden, Niederlande, Dänemark, Frankreich, Schweiz) bestehen (meist regionale) Initiativen, die pflegenden Angehörigen die Möglichkeit einer formellen Beschäftigung bieten. In einer explorativen Studie (Radherr, Österle 2024) wurde anhand der Anstellungsmodelle im Burgenland und in Oberösterreich untersucht, welche sozialpolitischen Implikationen mit einer formellen Anstellung von pflegenden Angehörigen einhergehen können.

1) Die formelle Beschäftigung von pflegenden Angehörigen bedeutet zunehmende Anerkennung und Wertschätzung von familiärer Pflegearbeit.

Die Anstellung pflegender Angehöriger und die damit verbundene Entlohnung trägt zu zunehmender Anerkennung und Wertschätzung der häuslichen Pflegearbeit bei. Die formelle Integration in den Arbeitsmarkt bedeutet für pflegende Angehörige regelmäßiges Einkommen sowie Zugang zu Sozialversicherung, bezahltem Urlaub und Krankenstand. Hier ist vor allem die Pensionsversicherung hervorzuheben, da viele Frauen, die Angehörige informell und unbezahlt pflegen, mit Altersarmut konfrontiert sind.

2) Die konkrete Ausgestaltung und die Rahmenbedingungen der Beschäftigung entscheiden über das Potential, die ökonomische Situation von pflegenden Angehörigen zu verbessern.

Die formelle Beschäftigung bietet zwar sozialrechtliche Absicherung und einen Einkommensersatz. Dennoch bedeutet die Anstellung nicht zwingend eine Verbesserung der ökonomischen Situation von pflegenden Angehörigen. Da bei den österreichischen Anstellungsmodellen ein relativ hoher Anteil des Pflegegelds (zwischen 50% und 90%, je nach Pflegestufe und Anstellungsmodell) für die Finanzierung der Gehälter herangezogen wird und der Anspruch auf gewisse Sozialleistungen und Förderungen aufgrund des Einkommens aus dem Anstellungsverhältnis entfällt, berichten pflegende Angehörige teilweise von einem insgesamt niedrigeren Haushaltseinkommen als zuvor.

3) Zusätzliches Unterstützungsangebot ist notwendig, um pflegende Angehörige nachhaltig zu entlasten.

Anstellungsmodelle ermöglichen, dass pflegende Angehörige nicht länger gezwungen sind, neben ihrer Pflegetätigkeit zusätzlicher Erwerbsarbeit nachzugehen und somit zu einer Verringerung der Doppelbelastung, der pflegende Angehörige häufig ausgesetzt sind, beitragen.

Gleichzeitig stellt die formelle Anstellung als alleinstehende Maßnahme jedoch keine nachhaltige und dauerhafte Entlastung dar – das spiegelt sich sowohl in der hohen Anzahl der Pflegearbeitsstunden, die häufig über das offizielle Anstellungsausmaß hinausgehen, wie auch in der Schwierigkeit, Urlaub in Anspruch zu nehmen, wider. Zwar bieten die österreichischen Anstellungsmodelle Pflege- und Betreuungersatz durch Hausbesuche von professionellem Pflegepersonal während der Abwesenheit der Angehörigen – der Umfang dieses Ersatzes wird jedoch weitgehend als unzureichend gewertet, da die pflegebedürftigen Personen häufig auf kontinuierliche Betreuung angewiesen sind.

Fazit

Die formelle Beschäftigung pflegender Angehöriger kann eine sinnvolle Maßnahme im Kontext der Langzeitpflegeversorgung darstellen – vor allem in Österreich, wo Pflege zu einem großen Teil im privaten und familiären Bereich geleistet wird. Die formelle Beschäftigung ermöglicht pflegenden Angehörigen den Zugang zu Einkommen und sozialer Absicherung und bedeutet die Anerkennung und Wertschätzung von Arbeit, die ansonsten unsichtbar, informell und ohne vertragliche Vereinbarung erbracht werden würde. Damit trägt sie zu einem gewissen Grad zur Entprekariisierung der Angehörigenpflege bei.

Als isolierte Maßnahme ist die formelle Beschäftigung jedoch nicht ausreichend, um nachhaltige Entlastung für pflegende Angehörige zu schaffen. Neben Anstellungsmodellen muss die Verfügbarkeit zusätzlicher Unterstützungs- und Entlastungsmaßnahmen gesichert sein. Anstellungsmodelle sollten nicht als Ersatz für eine umfassende Bereitstellung professioneller Langzeitpflegeversorgung verstanden werden, sondern als eine ergänzende und unterstützende Maßnahme. Andernfalls bergen sie die Gefahr, die Verantwortung der Langzeitpflege verstärkt in den privaten und familiären Raum zu verlagern und damit Geschlechterungleichheiten zu verstärken.

Referenzen

BMSGPK. (2021). Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2021.
https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=42&attachmentName=%C3%96sterreichischer_Pflegevorsorgebericht_2021_pdfUA.pdf

Nagl-Cupal, M., Kolland, F., Zartler, U., Mayer, H., Bittner, M., Koller, M., Parisot, V., & Stöhr, D. (2018). Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Hg). Wien.
<https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=664>

Radlherr, J., Österle, A. (2024). The formal employment of family caregivers: reinforcing the familialisation of long-term care responsibilities? *International Journal of Care and Caring*. <https://doi.org/10.1332/23978821Y2024D000000073>

Über die Expert*innen

[Julia Radlherr](#) ist derzeit als Pre-Doc-Forscherin am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen die gesellschaftliche Organisation von (in)formeller Pflege, insbesondere im Hinblick auf Geschlecht und soziale Ungleichheit. Zuvor arbeitete sie als Forscherin am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien.

Email: julia.radlherr@wu.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 62 044 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Cosima Danzl

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 660 721 83 75

E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>